



GORLEBEN Rundschau

APRIL 2012

EIN SCHWARZER FLECK AUF EINER WEISSEN LANDKARTE

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Gorleben — der Fleck auf der „weißen Landkarte“

Umweltminister Röttgen redet von einer Endlagersuche auf weißer Landkarte in ganz Deutschland. Gleichzeitig lässt er den Salzstock in Gorleben weiter ausbauen. Dagegen richtet sich unsere

Kundgebung um 13 Uhr in Gorleben

Bühnenprogramm, Redebeiträge, Essen und Trinken, Kinderprogramm

von Lennart Müller,
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Seit Monaten propagiert Umweltminister Röttgen eine „weiße Landkarte“. Für ihn ein Symbol einer ergebnisoffenen Suche nach einem geeigneten Standort für Atommüll. Doch so jungfräulich weiß, wie Herr Röttgen sie darstellt, ist seine Landkarte nicht. Es gibt einen dicken, schwarzen Fleck namens Gorleben.

Denn obwohl die geologischen und politischen Argumente gegen Gorleben erdrückend sind, wird weiter am maroden Salzstock festgehalten und gipfelt in dem Versuch, Gorleben als „Referenzstandort“ in einem Gesetz festzuschreiben. Wieder einmal zeigt sich, dass es den Druck von der Straße braucht, um

die Politik vor katastrophalen Fehlern zu bewahren. Unsere Forderung ist klar:

GORLEBEN MUSS VOM TISCH! SOFORT!

Mit einer Kundgebung am 28. April um 13 Uhr in Gorleben, unter dem Motto „Der schwarze Fleck auf der weißen Landkarte“ werden wir unserer Forderung am Schwarzbau in Gorleben Nachdruck verleihen.

Wir werden das Bergwerk mit Kunst und Kultur umzingeln. Vom Gemeindechor über den Töpfer bis hin zu Clowns soll alles vertreten sein. Bei einem Standort für Atommüll wie in Gorleben geht es nämlich nicht nur um eine geologische Formation, sondern auch um die Menschen, die hier leben. Dieser symbolische schwarze Fleck steckt voller Leben. Bunt, laut, kreativ, vielfältig. Dieses Leben gilt es, vor Profitgier und politischer Willkür zu schützen. Neben einem umfangreichen Kulturprogramm wird es Spiel und Spaß für die Kleinen geben. Auch für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Weitere Informationen zum Ablauf der Demonstration finden sich unter:

www.bi-luechow-dannenberg.de oder bei uns im BI-Büro. Hier können auch Plakate und Flyer bestellt werden. ✳



Autokino vor dem Schwarzbau Gorleben, der Film „Yellow Cake“ bildete am 23. März den Auftakt der Filmreihe: Vom Anfang zum Ende; über das zu wenig beachtete Thema: Uranabbau und seine Folgen



DIE FINGERABDRÜCKE BITTE!



von Jan Becker, ContrAtom

„Präventive erkennungsdienstliche Behandlung“, so lautet die Anordnung der Polizeidirektion Lüneburg gegen nunmehr sieben AtomkraftgegnerInnen aus dem Wendland. In zwei Fällen wurde nach einer Beschwerde davon abgesehen, fünf AktivistInnen mussten nach der Ablehnung der Klage gegen den „Sofortvollzug“ vorstellig werden. Größe sowie Finger- und Handflächenabdrücke wurden aufgenommen, besondere Merkmale aufgeschrieben und zahlreiche Fotos gemacht. Und warum? Damit künftige Ermittlungsverfahren erleichtert werden.

Im mehr als 30-jährigen wendländischen Widerstand gegen die Atomanlagen hat es in der Vergangenheit immer wieder ED-Behandlungen gegeben. Doch diese präventiv durchzuführen hat eine neue Qualität. In den sieben Fällen aus 2011 und 2012 war ein zeitlicher Zusammenhang mit den Atommülltransporten gegeben. Alle Betroffenen spielen dabei eine mehr oder weniger zentrale Rolle und sind seit Jahren im Widerstand aktiv.

Die sogenannte „Anlasstat“, auf der das staatsanwaltliche Engagement aufbaut, ist bei fünf in 2011 Betroffenen auf Pfingsten 2010 zurückzuführen, als die Zäune des Erkundungsbergwerks überwunden wurden. In den Begründungen zur ED-Behandlung und in der Ablehnung der Klage gegen den Sofortvollzug wird aber auch auf das langjährige Engagement der Einzelnen verwiesen, bei dem immer wieder die Aufmerksamkeit der Ermittlungsbehörden geweckt wurde. Bei fast allen sind die dort genannten Verfahren allerdings eingestellt, teilweise ohne einen Cent Bußgeld zu zahlen. Weiter unterstellt der Staat den Aktivisten, auch künftig straffällig zu werden. Es geht also gar nicht unbedingt um konkrete Ermittlungsarbeiten, sondern um gezielte Einschüchterung.

Eigentlich gilt vor einer richterlichen Verurteilung jeder Mensch nach dem deutschen Gesetz als unschuldig. Die Schuld, eine Straftat oder – wie bei

den Protesten gegen Atomkraft viel häufiger – eine Ordnungswidrigkeit begangen zu haben, muss ihm nachgewiesen werden. Doch im Polizeirecht hat diese Unschuldsvermutung keinen Bestand, dort gilt der „Restatbestand“ und rechtfertigt damit über präventive ED-Behandlung bis hin zur mehrtägigen Inhaftierung. Eine Lüneburger Aktivistin war im Vorfeld des Castors 2010 davon betroffen.

Vor dem Lüneburger Verwaltungsgericht sind derzeit noch zwei Klagen gegen die ED-Behandlung an sich anhängig. Es soll geprüft werden, ob die Maßnahme überhaupt rechtmäßig war. In beiden Fällen ist der Erfolg in Aussicht gestellt – allerdings wohl erst in der nächsten Instanz. Da es sich um ein Grundsatzurteil handelt, das im Namen der Betroffenen verhandelt werden soll, kann es aber wegberaubend sein für alle Aktivisten, auf die solche Maßnahmen im Rahmen der „Datensammelwut“ des Staates zukommen könnten. Bei einem Erfolg vor Gericht würden dann zumindest – oder hoffentlich – alle Informationen aus den staatlichen Datenbanken gelöscht.

Der Nebeneffekt ist aber, dass diese Verwaltungsklagen im Verhältnis zu Ordnungswidrigkeiten viel Geld kosten. Allein für das Einreichen der Klage gegen den Sofortvollzug der ED-Behandlung waren 360 Euro fällig. Insgesamt werden sich die Kosten auf einige tausend Euro pro Person belaufen.

Die Aktivisten sind auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Zweckgebundene Spenden nimmt der Ermittlungsausschuss Wendland entgegen:

Konto 129 45 300, BLZ 258 619 90 (Volksbank Clenze-Hitzacker), Stichwort: ED-Behandlung. *



„DAS IST STAATSVERSAGEN!“



Am 10. April 2010 kam es zu einer Solidaritätsbekundung, bei der die Polizeikaserne in Lüchow für 1,5 Stunden blockiert wurde. Hintergrund ist die Kriminalisierung von AtomkraftgegnerInnen in Form einer präventiven ED-Behandlung.

von Jan Becker, *ContraAtom*

Von der „präventiven erkennungsdienstlichen Behandlung“ sind sieben AtomkraftgegnerInnen aus dem Wendland betroffen. Im Interview mit der Gorleben Rundschau (GR) spricht ein Betroffener über die Maßnahme.

GR: „Du musstest im letzten Jahr bereits die Maßnahme der Polizei über Dich ergehen lassen. Weshalb wurdest Du vorgeladen?“

„Nach der Pfingstaktion in Gorleben hat man mir Rädelsführerschaft, schweren Landfriedensbruch und schwere Sachbeschädigung vorgeworfen. Alle Vorwürfe sind haltlos und das Verfahren heute auch eingestellt. Trotzdem hat die Polizei damals auf die ED-Behandlung bestanden. Obwohl zu dem Zeitpunkt noch nicht mal ein Richter darüber befunden hatte, ob ich schuldig bin oder nicht.“

GR: „Wie ist das Gefühl, bei der Polizei die Fingerabdrücke abgeben zu müssen?“

„Es ist kein schönes Gefühl, mit dem Bewusstsein, dass die Vorwürfe die einem gemacht werden, so gar nicht stimmen, trotzdem wie ein Verbrecher behandelt zu werden. Es ist dann eine Mischung aus Wut, aber auch Machtlosigkeit vor der Justiz, aber vor der Kaserne in Lüchow waren viele Menschen, die haben mir den Gang leichter gemacht.“

GR: „Gab es keine Möglichkeit, sich gegen die Maßnahme zu wehren?“

„Wir haben alles probiert, haben gegen den Sofortvollzug geklagt - aber verloren. Wäre ich dort nicht aufgetaucht, dann hätte man mich abgeholt. Und die Maßnahme selbst zu verweigern tut am Ende nur weh. Aber ich denke, das war schon gewollt, kurz vor dem Castortransport im Herbst noch einmal Druck auszuüben.“

GR: „Wie geht es jetzt weiter?“

„Wir klagen jetzt noch vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg gegen die ED-Behandlung, bis zu einem abschließenden Urteil können zwei bis drei Jahre vergehen. Das Ganze wird oder besser gesagt hat schon eine Menge Geld gekostet, da sind wir alle auf Unterstützung angewiesen. Aber wichtig ist, dass wir uns von den Maßnahmen der Polizei nicht einschüchtern lassen. Würde ich wegen des Drucks mein Engagement im Widerstand einschränken, dann hätte der Staat sein Ziel erreicht. Aber es geht hier doch darum, dass wir uns gegen ein völlig untaugliches Endlagerprojekt wehren, das von der Politik durchgedrückt werden soll. Unsere Rechte werden jeden November mit Füßen getreten. Und nur weil ich mal über einen Zaun gestiegen bin, wirft man mir absurde Sachen vor und behandelt mich wie einen Verbrecher. Das ist Staatsversagen.“





WELTWEITE PROTESTE AM ERSTEN FUKUSHIMA-JAHRESTAG

von Jan Becker, ContrAtom

Es waren wohl Millionen Menschen, die weltweit am Sonntag, den 11. März, genau ein Jahr nach dem verheerenden Unglück in Japan auf die Straße gingen. Man gedachte vielerorts den Opfern des Tsunamis und den Folgen der Reaktorexpllosionen. Und sie alle hatten wohl eine Forderung gemeinsam: **Schluss mit der Atomkraft!**



In Braunschweig und Umgebung fand am 11. März gegen 19 Uhr zum Jahrestag der atomaren Katastrophe von Fukushima eine Lichterkette mit zehntausenden Teilnehmern statt. Die Menschenkette reichte von Braunschweig über Schacht Konrad bis zur Asse und wieder zurück nach Braunschweig.

In Deutschland fanden in zahlreichen Städten Kundgebungen und Demonstrationen statt. 24 000 Menschen bildeten am Abend zwischen der Asse, Schacht Konrad und der Atommüllfirma Eckert & Ziegler in Braunschweig eine Lichterkette. Wendländer beteiligten sich mit einem meterhohen, brennenden „A“ als Symbol für den Widerstand gegen Atommüll. Mehrere tausend Atomkraftgegner zogen vor die Atomkraftwerke in Neckarwestheim und Gundremmingen, zeitgleich auch vor die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau. 3 000 umzingelten das AKW Brokdorf. Auf einer Kundgebung auf dem Opernplatz in Hannover forderte Lennart Müller von der BI, Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit zu ziehen: „Das kann nur den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und die Abkehr von Gorleben als Atommüllstandort bedeuten.“ Tags zuvor sprach bereits Pressesprecher Wolfgang Ehmke bei einer Kundgebung vor 1000 Menschen in Kiel. Auch in Gorleben wurde demonstriert: gemeinsam mit Klaus dem Geiger fand der traditionelle Sonntagsspaziergang am Bergwerk statt, an dem sich etwa 100 Menschen beteiligten.

In der Schweiz zogen tausende Atomkraftgegner vor das AKW Mühleberg und forderten: „Abschalten - sofort!“ Besonders erfreulich ist auch der Erfolg der Atomkraftgegner in Frankreich: entlang des Rhonets, in dem sich zahlreiche Atomanlagen befinden, bildeten auf einer Länge von 230 Kilometer etwa 60 000 eine Menschenkette. Seit dem Super-GAU von Fukushima kippt die Stimmung im europäischen Atomland No.1, deren älteste Reaktoren direkt an der Grenze zu Deutschland stehen. *



In Gronau (NRW) im Rahmen bundesweiter und internationaler Proteste fand anlässlich des ersten Jahrestages der Atomkatastrophe in Fukushima eine Großdemonstration statt, die vom Bahnhof Gronau zur Urananreicherungsanlage der Firma URENCO führte. An der bisher zweitgrößten Demonstration direkt vor dem Haupteingangstor der Urananreicherungsanlage unter dem Motto „Fukushima und kein Ende! Uranfabrik dichtmachen!“, zu der Umweltverbände, Bürgerinitiativen, kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen sowie verschiedene Parteien aufgerufen hatten, beteiligten sich über 4000 Menschen.



FUKUSHIMA-JAHRESTAG – HANNOVER

von Torben Klages,
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Anfängliche Skepsis ob der Teilnehmerzahl wich schnell zurück vor einem Meer aus Fahnen und tausenden Menschen, die sich auf dem Opernplatz zum Auftakt der Kundgebung versammelt hatten. Der bewegende Moment des Redebeitrags japanischer Frauen gipfelte in einer Schweigeminute zum Gedenken der Opfer der Katastrophe in Japan. In der Folge gab es Reden kirchlicher und gewerkschaftlicher Vertreter. Die Redebeiträge beinhalteten eine gute Mischung mahnender und kämpferischer Beiträge und auch das musikalische Rahmenprogramm konnte sich gut in die Stimmung einfügen. So konnte die Veranstaltung getragen durch die Breite der Gesellschaft, ihrer mahnenden Intention voll gerecht werden. Der BI Hannover gelang mit dem Aufbau der Veranstaltung ein kraftvolles Zeichen gegen eine menschenverachtende Form der Energiegewinnung. Persönlich konnte ich ein hohes Maß an Energie mit nach Hause nehmen, die mich und hoffentlich alle Mitstreiter wieder ein großes Stück unserem Ziel entgegen tragen werden : Alle Atomanlagen abschalten, weltweit! *

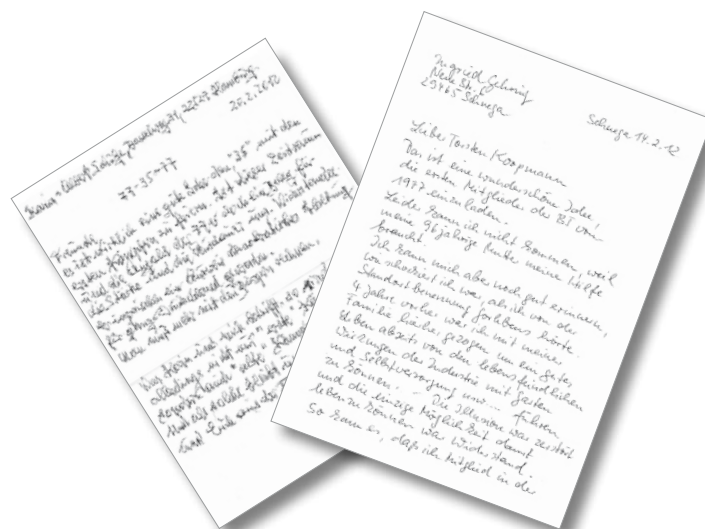


11. März 2012: Circa 7000 Menschen demonstrierten in Hannover für eine sofortige Stilllegung der Atomanlagen weltweit und gedachten der Menschen in Japan/Fukushima.

ZITATE AUS ZUSCHRIFTEN AN DIE BI BEZÜGLICH DER VERANSTALTUNG „77 77ER“

Ingrid Gehring ist 1973 nach Schnega gezogen, um ein gutes Leben abseits der bedrohlich empfundenen Auswirkungen der Industrie führen zu können. Dann kam die Standortbenennung Gorlebens: „Die Illusion war zerstört, und die einzige Möglichkeit, damit leben zu können, war der Widerstand.“

Albert Schulze, heute wohnhaft in Hamburg, fand es eine gute Idee, den 35. Geburtstag der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg mit den ersten Mitgliedern zu feiern – „ist dieser Zeitraum und die Anzahl der 77er doch ein Beleg für die Stärke und die Ausdauer unseres Widerstandes, der inzwischen ein Ausweis demokratischer Haltung für ganz Deutschland geworden ist. Man muss mehr mit den Bürgern rechnen.“ *



Rund 200 Atomkraftgegner haben am 26. Februar 2012 an die Benennung Gorlebens zum Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum vor 35 Jahren erinnert. „Viele von denen, die 1977 schon dabei waren, haben bei der Kundgebung gesprochen“, sagte die Vorsitzende der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, Kerstin Rudek. Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) hatte am 22. Februar 1977 verkündet, dass in Gorleben ein Endlager, eine atomare Wiederaufarbeitungsanlage (WAA), mehrere Zwischenlager und eine Brennelementefabrik gebaut werden sollten.



MITGLIEDERVERSAMMLUNG TEIL 1

von Wolfgang Ehmke,
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

35 Jahre hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg als eingetragener Verein mobilisiert, gestritten, hat Höhen und Tiefen durchlebt und muss sich jetzt mit den Falschmeldungen der Medien auseinandersetzen, Gorleben würde eingemottet.

Die Mitgliederversammlung (Teil I) am 24. März wurde aus aktuellem Anlass mit einer Debatte um das Endlagersuchgesetz eröffnet. Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) hatte den Verhandlungsführern aus den Ländern, vor allem den SPD- und Grünen-mitregierten Ländern, ein Lockangebot übermittelt: Er wäre bereit, in Gorleben die „Erkundung“ einzustellen, die Schachanlage offen zu halten und Gorleben als Referenzstandort mit anderen Standorten zu vergleichen. Die vorläufige Sicherheitsanalyse sollte zu einem „qualifizierten“ Abschluss gebracht werden, jedoch ohne eine Aussage über die Eignung Gorlebens. So hofft Röttgen, die SPD- und Grünen-Vertreter zu einem „Parteienkonsens“ bewegen zu können.

Statt eine umfassende und öffentliche Debatte um die Atommüllproblematik zu führen, soll also im Eiltempo ein Gesetz beschlossen werden, das Gorleben als Joker beibehält, zudem will Röttgen in Gorleben ein Forschungslabor errichten, und bei dem Begriff allein denkt jede/r gleich an das „Forschungsbergwerk Asse II“. Umso wichtiger, das war der Tenor, ist es, der Suggestion von Zeitungsüberschriften nicht zu erliegen und weiter auf die Straße zu gehen: Am 28. April startet eine Kundgebung in Gorleben. Fünf vor Zwölf am Schwarzbau, dort soll das Gelände musikalisch und kulturell „umzingelt“ werden. Gorleben steht einer offenen Atommülldebatte im Wege, solange Gorleben als Endlagerstandort gehandelt wird, geht es in erster Linie um die 1,6 Milliarden Euro, die dort schon versenkt wurden. Neben dem Schacht Konrad ist es der zweite große schwarze Fleck auf der angeblich weißen Landkarte, die industriepolitischen Fossile der 70er Jahre müssen ad acta gelegt werden.

Welche Impulse die Bürgerinitiative im vergangenen Jahr geliefert hat, wo sich die Gorlebengegner/innen eingemischt haben, hatte Kerstin Rudek in ihrem Jahresbericht vorgestellt. Nachzulesen ist dieser auf der Homepage unter www.bi-luechow-dannenberg.de/ueber-uns. Die Entlastung des Vorstands wird auf der folgenden Mitgliederversammlung am 21. April erfolgen, dann wird auch der Kassenbericht vorgestellt und die Neuwahlen folgen. Die Wahlen werden dann auch auf Grundlage einer neuen Satzung erfolgen. Die mühsame, aber notwendige Satzungs-korrektur ist überfällig: Die Satzung wird verschlankt, sie darf nicht mehr in sich widersprüchlich sein - was schon mal passieren kann, wenn über viele Jahre hinweg immer wieder kleine Änderungen vorgenommen werden.

In Zukunft wird der BI-Vorstand aus mindestens 5, höchstens 10 Mitgliedern bestehen. Vorsitz, stellvertretende/r Vorsitzende/r, Presse und Kasse sind „gesetzte“ Posten. Diese Posten sind ehrenamtlich. Es muss aber möglich sein, dass bei Kampagnen - wie jetzt zur Kundgebung am 28. April - auch Vorständler befristet bezahlte Arbeit leisten. Ehrenamtliche Arbeit stößt immer deutlicher an Grenzen! Wer als Schriftführer/in Protokolle schreibt, ob die Pressearbeit auch von einem anderen Vorstandsmitglied mit getragen wird, kann der neu gewählte Vorstand selbst beschließen. Werden weniger als 10 Vorstandsmitglieder gewählt können weitere engagierte BI-Mitglieder kooptiert werden.

Gedacht ist daran, dass es „Spezialisten“ gibt, etwa zur Strahlenbelastung in Gorleben, zum Stromwechsel, zum Uranabbau. Wichtig sind auch „Kontakte“ zu den Umweltverbänden und den Endlager-Standort-Initiativen. Allein im Wendland hat sich durch die vorbildliche Koordination der Kreistagsmehrheit, den Umweltverbänden, Gorleben-Klägern, Bäuerlicher Notgemeinschaft und BI ein völlig neues Arbeitsfeld aufgetan. Die neue Satzung soll am 21. April beschlossen werden. Dieser Schriftsatz findet sich ebenfalls auf unserer Homepage unter: www.bi-luechow-dannenberg.de/ueber-uns. *



AKTIVITÄTEN DER BI

von Torben Klages,
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Was war?

Jubiläum der BI

Anlässlich des 35. Jubiläums der BI trafen sich viele Gründungsmitglieder vor dem Schwarzbau in Gorleben. Zahlreiche Zeitzeugen aus dem Gründungsjahr kamen zu Wort und konnten der jüngeren Generation einen Eindruck aus vergangenen Zeiten vermitteln. Nach kurzem Beisammensein bei einem Glas Sekt vor den Bergwerkstoren ging es nach der Umrundung des Bergwerks direkt ins Gasthaus Wiese. Dort hatten alle TeilnehmerInnen die Möglichkeit, bei leckerem Kuchen und einer Tasse Kaffee noch einmal die Eindrücke vergangener Zeiten genauer zu besprechen. Gerade die jüngere Generation ließ sich dabei gerne erklären, wie die Geschichte der BI denn genau ihren Verlauf nahm.

Bund-Länder-Gespräche in Berlin

Im Rahmen der Bund-Länder-Gespräche im Bundesministerium für Umwelt in Berlin beteiligte sich die BI mit anderen Organisationen an einem lautstarken Protest auf der Straße. Die BI beteiligte sich mit einem Redebeitrag.

Fukushima-Jahrestag

An den Kundgebungen zum Fukushima-Jahrestag nahm die BI an mehreren Orten teil. So traf man sich zahlreich zum etablierten Sonntagsspaziergang in Gorleben mit allen, die nicht eine Reise zu den Großveranstaltungen antreten konnten oder wollten. In Hannover war die BI mit dem MMKW (mobiler Musikkampfwagen) vertreten, der eigens zu der Veranstaltung, gezogen von einem Traktor der Bäuerlichen Notgemeinschaft, angereist war. In Hannover beteiligte sich zudem Lennart Müller mit einem Redebeitrag für die BI. Derweil konnte der Pressesprecher der BI, Wolfgang Ehmke, die Veranstaltung in Kiel mit seiner Anwesenheit und einem Redebeitrag unterstützen. An der erfolgreichen und spektakulären Lichterkette im Bereich des Braunschweiger Landes nahmen einige Personen, geschart um das Ehepaar Lowin, aus dem Wendland teil.

Infoveranstaltungen zur Japan-Reise

Im Zuge der in Japan gewonnenen Eindrücke hielten die Teilnehmer der Reise, Kerstin Rudek und Lennart Müller, einige Vorträge, um die Menschen im Wendland und drumherum zu informieren. Die Vorträge waren gut besucht und beide Referenten freuten sich über das rege Interesse.

Was wird sein?

Praktikum

Die BI wird demnächst eine Praktikantin im Büro begrüßen dürfen. Mit Freude wurde zur Kenntnis genommen, dass die BI weiterhin für junge Menschen attraktiv ist.

Den Landesumweltminister beim Wort genommen

Im Rahmen seines Antrittsbesuches gab der Landesumweltminister Birkner eine mündliche Zusage zu einem Treffen mit Menschen aus dem Wendland. Die BI wird ihm beim Wort nehmen und ihm eine offizielle Einladung aussprechen.

Japan, wir bleiben dran

Die bereits bestehenden Strukturen zu Organisationen in Japan sollen weiter ausgebaut werden. Zeitgleich möchte die BI weiter die Menschen in Deutschland aufklären. In Planung befinden sich Filmabende zum Thema „Japan und der Super-Gau“. Zudem unterstützt die BI das Asako House Project. Ein Projekt, bei dem man mit kleinem Aufwand eine große Wirkung erzielen kann.

Mehr Informationen im Netz unter www.asakohouse.com

Uranabbau stoppen!

Die BI freut sich über den Start der Autokinoreihe gegen den Uranabbau. Der erste Film wurde am 23. März 2012 gezeigt. Dem sollen fünf weitere folgen. Der Titel der Reihe „Vom Anfang zum Ende“ spricht dabei für sich.

Kundgebung am 28. April

Am 28. April 2012 soll eine Kundgebung vor den Toren des Bergwerks stattfinden. Viele große Organisationen wollen sich daran tatkräftig beteiligen. Nach dem Motto „schwarz auf weiß“ soll eine Großveranstaltung stattfinden, deren Aussage beinhalten soll, dass mit dem Verbleib von Gorleben als möglicher Standort für ein Atommüllendlager niemals eine „weiße Landkarte“ entstehen kann, was Herr Röttgen wiederum so gerne als Teil seines angestrebten Endlagersuchgesetzes verkaufen möchte. Gorleben ist der schwarze Fleck auf der Landkarte!

Wahlen

Im März hat der Vorstand der BI eine neue Satzung zur Diskussion vorgelegt. In der Folge soll im April ein neuer Vorstand gewählt werden. ✨



TERMINE • TERMINE • TERMINE • TERMINE

10. bis 18. April	Lesen ohne Atomstrom, Hamburg (www.lesen-ohne-atomstrom.de)
12. April	Pressekonferenz der Rechtshilfe in Hannover
12. April	19.30 Uhr: „Die Asse bringt es an den Tag – Atommülllagerung gescheitert“, Udo Dettman; Lüneburg (www.lagatom.de)
13. bis 15. April	Frühjahrskonferenz in Ahaus
16. April	19 Uhr: Hibakusha – Reise auf die Insel des Glücks; Doku-Film; Hotel Alte Post; Dannenberg.
21. April	15 Uhr: 2. Teil der MV-Versammlung d. BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg; Trebel
25. April	19.30 Uhr: „Gorleben als Endlager ungeeignet“; Ulrich Kleemann; Lüneburg (www.lagatom.de)
26. April	Tschernobyl-Jahrestag
28. April	11 Uhr: „Das neue Endlagersuchgesetz“; Matthias Miersch; Lüneburg (www.lagatom.de)
28. April	13 Uhr: Kundgebung in Gorleben
28. April	16 bis 20 Uhr: Brokdorf Film u. Infoveranstaltung, Gedelitz
jd. Montag 18 Uhr	Fukushima Mahnwache; Castorgruppe Dannenberg; Marktplatz Dannenberg
Jeden Sonntag: 13 Uhr Spaziergang und 14 Uhr Gorlebener Gebet	

BLOCKADEN IM RAHMEN VON GORLEBEN365

6. April	20 Uhr: Autokino Blockade (Uranium – Is it a country?)
7. April	Französische Blockade
12. April	Chorprobe statt Probebohrung
13. April	20 Uhr: Autokino Blockade (Arlit – ein zweites Paris)
14. April	ab 12 Uhr: tanzender 50. Geburtstag
18. April	15 Jahre un-GEN-ießbar
19. April	16 Uhr: Castorgruppe Küsten
20. April	20 Uhr: Autokino Blockade (Buddha weeps in Jadugoda)
21. April	12 Uhr: AntiAtom Bonn
27. April	20 Uhr: Autokino Blockade (Under the surface)
28. April	Lebenslaute
29. April	Bündnis Energiewende Bülstedt un Umzu
30. April	Workshop Gewaltfreie Kommunikation
1. Mai	7 bis 21 Uhr: Achtsam in Aktion - Meditation trifft Politik

Mehr Infos: www.gorleben365.de

**Der Atomausstieg ist noch nicht vollzogen!
Sachliche Aufklärung der Bevölkerung über Gefahren,
Risiken und unzureichende Katastrophenvorsorge
ist und bleibt notwendig.**

**Vorträge und Seminare bietet an:
Ulrich Uffrecht
Braunschweiger Straße 4
21614 Buxtehude**

Tel.: 04161 - 6 23 41 • Mail: uffrecht@online.de

AUS DEM NETZ GEFISCHT

www.bi-luechow-dannenberg.de	www.x-tausendmalquer.de
www.castor.de	www.contratatom.de
http://ea-gorleben.nadir.org	www.lubmin-nixda.de
www.gorleben-archiv.de	www.indymedia.org
www.ausgestrahlt.de	www.widersetzen.de
www.wendland-net.de	www.lagatom.de

ICH ABONNIERE DIE GORLEBEN RUNDSCHAU AB SOFORT

Bitte schickt mir

jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)

jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)

jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)

Name:

Adresse:

Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Kontonr.:

BLZ:

Geldinstitut:

Datum, Unterschrift:

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Rosentr. 20, 29439 Lüchow
Kto.: Sparkasse Uelzen-Lüchow-Dannenberg,
BLZ 25850110, Konto: 0044060721
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

IMPRESSUM

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10 bis 12 mal jährlich und wird von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. herausgegeben. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder. Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen. Sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

Redaktion: A. Conradt, T. Koopmann, F. Behn, A. Hagen, Jan Becker
Gestaltung: A. Hagen
Versand und Termine: L. Wente

Auflage: 1400; Gedruckt auf weißem 100% Recyclingpapier

BI-Büro: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Fon: 05841 - 4684, Fax: 05841 - 3197
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr